

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

118 (21.5.1930)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Zeigenpreis Die 10 gepaltene Millimeterseite kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterpreise sind im Verzeichnis der Druckerei angegeben. Bei Nichterhaltung des Abbestellens, bei geschäftlicher Zerschlagung und bei sonstiger Unmöglichkeit der Abbestellung ist die Abrechnung nach dem letzten Abbestellungsdatum vorzunehmen. Die Druckerei ist für die Abrechnung der Abbestellungspreise nicht verantwortlich.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikwelt / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Inflation 2,20 Mark o. durch die Post 2,60 Mark o. Einzelverkauf 15 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Beilagen 2000 Mark o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 1, D., Weidenstraße 28 o. Fernruf 1020 und 1021 o. Beilagen-Vertrieb: Durlach, Hauptstraße 2, D.-Doblen, Jagdstraße 12; Rastatt, Poststraße 2; Offenburg, Hauptstraße 8

Nummer 118 Karlsruhe, Mittwoch, den 21. Mai 1930 50. Jahrgang

Landtagsauflösung in Sachsen

Sachsens Arbeiterchaft will zweites Thüringen verhindern

Der sächsische Landtag beschloß am Dienstag mit 50 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten gegen 48 Stimmen der übrigen Parteien seine Auflösung.

Die Neuwahl des Landtages ist auf den 22. Juni festgesetzt worden. Sachsen steht vor einem überaus heftigen Wahlkampf und vor einer Wahlentscheidung, deren Ergebnis im ganzen Land die größte Beachtung finden wird.

Bei dem Zustand des sächsischen Bürgertums ist eine wahrhafte Parteipolitik nicht möglich, solange die stärkste politische Gruppe des Landes, die Sozialdemokratie, von Regierung und Verwaltung ausgeschlossen ist. Die Lage der Regierungsbürger haben das wenigstens gezeigt. Die Zerplitterung und die politische Dekadenz des Bürgertums in Sachsen werden bei der kommenden Wahl noch stärker in Erscheinung treten und es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Nationalsozialisten ihre Stellung auf Kosten der bisherigen bürgerlichen Parteien noch erheblich verbessern werden. Die Perspektive ist so, daß nach der Neuwahl es für das Bürgertum nur noch eine Möglichkeit geben wird, gegen die Arbeiterchaft unter voller Ausschaltung ihrer politischen Vertretung zu regieren: nämlich die Kopierung des Thüringer Systems.

Die sozialdemokratische Arbeiterchaft wird sich in diesem Wahlkampf für eine erhebliche Stärkung der Sozialdemokratie einsetzen. Sie wird gegen die bürgerlichen Diktaturversuche, gegen den reaktionären Größenwahn der Volkspartei, wie gegen den Versuch, eine Sanktionsbewehrung nach Thüringer Art über Sachsen zu errichten. Die Sozialdemokratie hat das Beste für Thüringens vor Augen und sie geht in diesem Wahlkampf nach Möglichkeit wieder dafür zu sorgen, daß im Arbeiterland Sachsen die größte Partei der Arbeiterchaft wieder die Hände an Steuer des Staates legen kann.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion gab der Abgeordnete Diekmann in der Auflösungsdebatte eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Der Auflösungsantrag der sozialdemokratischen Fraktion setzt dem Landtag ein Ende. Ein Parlament, das infolge der grotesken Widerprüfe der bürgerlichen Parteien, infolge der massenhaften Fälschung der Kommunisten wieder eine Rechts- und eine Linksregierung bilden, oder in Sattel halten konnte, ein Parlament, in dem die bürgerlichen Parteien trotz ihrer Schwäche schroff den Standpunkt vertraten, daß die große Masse des arbeitenden Volkes, vertreten durch die Sozialdemokratie, von der Regierung und der Mitbestimmung am Staat ausgeschlossen bleiben mußten, ein solches Parlament konnte keinen anderen Ausweg, als den der Auflösung finden. Damit haben die bürgerlichen Parteien Sachsen gezeigt, daß sie schärfste Klassenampolitik treiben, gegen die schaffende Bevölkerung. Wie bei der Neuwahl des Landtags im Jahre 1924 hat sich die Sozialdemokratie auch nach dem Sturz der Regierungsbürger bereit erklärt, die Verantwortung für die Regierungsbildung zu übernehmen, sofern für die schaffende Bevölkerung tragbare Bedingungen bei einer Regierungsbildung gewährleistet wurden. Die Verhandlungen über die Mitbestimmung der Sozialdemokratie sind gescheitert an dem Widerstand der Deutschen Volkspartei, die unter dem Druck der sächsischen Industriellen die politische Vertretung der Arbeiterchaft auch weiterhin von der Regierung fernhalten will. Die traurigste Rolle in der widerwärtigen Komödie in der sächsischen Regierung spielten die Nationalsozialisten. Fütterungsunwürdigkeit und Postenräuberi ist also das politische Motiv für die Haltung der Nationalsozialisten. Die Nazis wollen nach ihrem eigenen Geständnis einen nationalsozialistischen Staat für Mitteldeutschland schaffen. Was ein Nazi-Sachsen bedeuten würde, das zeigt Nazi-Thüringen. Die Sozialdemokratie Sachsen kämpft für einen neuen besseren Landtag, in dem die Möglichkeit besteht, die Geschicke des Arbeiterlandes Sachsen durch den politischen Willen der werktätigen Bevölkerung entscheidend zu beeinflussen.“

Fortsetzung des Südamerikafluges

Die Canaren passiert

Sevilla, 20. Mai. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute vormittags 9.30 Uhr MEZ zu seiner Südamerikafahrt aufgefliegen. An Bord befinden sich 19 Passagiere. Der Start erfolgte bei herrlichem Wetter. Das Luftschiff entwand nach kurzer Zeit in südlicher Richtung den Blicken.

Friedrichshafen, 21. Mai. Ein Funkpruch von Bord des „Graf Zeppelin“ meldet: 20 Uhr etwa 32 Nord, 14 Grad West. Immer noch südliche Gegenwinde. Kurs auf Teneriffa. Wetter schön. Alles in Ordnung.

Das Luftschiff hatte regen Verkehr mit Norddeich und hat jetzt auch Funkverbindung mit einem deutschen Dampfer.

Friedrichshafen, 21. Mai. Ein beim Luftschiffbau in Friedrichshafen eingegangener Funkpruch besagt: 2.15 Uhr. Passieren in 30 Minuten Canaren.

Geschäftseröffnung der BIZ

Basel, 20. Mai. Wie die Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich mitteilt, wird die BIZ am Dienstag, den 20. Mai mit der Durchführung der ihr übertragenen Geschäfte beginnen. Es sind 124.000 Anteile — ein Anteil zu 2500 fr. — durch die Zentralbanken und Bankgruppen in zehn verschiedenen Ländern gezeichnet worden.

Amtsenthebung des Berliner Grundstücksdezernenten

Berlin, 20. Mai. (Eig. Draht.) Der Berliner demokratische Stadtrat hat am Dienstag durch den Oberpräsidenten von Berlin und Brandenburg seines Amtes entbunden worden. Stadtrat Kay war 20 Jahre Grundstücksdezernent der Stadt Berlin.

Ist das Abrüstung?

Die englische Regierung wird in den nächsten Tagen 3 U-Boote aus dem für 1929 vorgesehenen Bauprogramm in Aufstas geben. Der Bau der Schiffe wurde feierlich wegen der Flottenkonferenz ausgesetzt. Nachdem es der Arbeiterregierung aber nicht gelungen ist, die Abschaffung der U-Boote durchzusetzen, hat sie zugestimmt, das Flottenprogramm für 1929 nicht länger auf dem Papier stehen lassen zu können.

Der Verkehrsetat angenommen

Berlin, 20. Mai. Im Reichstag wurde heute die zweite Beratung des Verkehrsetats zu Ende geführt.

Reichsverkehrsminister v. Guérard nahm noch einmal das Wort, um darauf hinzuweisen, daß die Ausgaben für den deutschen Luftverkehr sehr gering seien im Verhältnis zu den übrigen Ländern. Während in Frankreich auf den Kopf der Bevölkerung 8,30 M. in England 7,70 M. an Ausgaben für den Luftverkehr kommen, beträgt in Deutschland der Satz nur 0,78 M. Der Minister erklärte weiter, daß das Reichsverkehrsministerium an der in diesem Jahre in Berlin stattfindenden Weltverkehrs-Konferenz regen Anteil nehmen werde.

Abg. Scheffel (Dsp.) führt Beschwerde über die Personalpolitik der Reichsbahnverwaltung. Die Arbeitsbedingungen bedürften dringend einer Verbesserung.

Der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums wurde mit geringfügigen Änderungen angenommen. Angenommen wurden auch Anträge des Verkehrsausschusses, in denen eine Gleichstellung der Kleinstraßen mit den Kraftfahrzeugen im Kraftfahrzeugverkehrsgebot verlangt wird. Weiter wurde ein Antrag angenommen, der Fahrpreisermäßigungen für den Besuch von Kriegervätern durch Angehörige des Gefallenen verlangt, sowie eine kommunalistische Entschädigung, die sich gegen die Gürtelerhöhung bei der Reichsbahn wendet.

Die am Samstag zurückgestellten Abstimmungen zum Reichsjustizetat wurden dann nachgeholt mit dem Ergebnis, daß der Haushalt unverändert bewilligt wurde. Das von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum gegen den Reichsjustizminister Dr. Bredt wurden gegen die Antragsteller abgelehnt. Am Mittwoch 3 Uhr soll der Wehretat zur zweiten Beratung kommen.

Kabinettspläne zur Arbeitsbeschaffung

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett befaßt sich mit der wirtschaftlichen Lage in ihrer Gesamtheit und den vor der Sommerpause zur Erledigung zu bringenden Vorlagen. Das Reichskabinett war sich darin einig, daß alle Mittel daran gesetzt werden müssen, zur Behebung der Arbeitslosigkeit die Wirtschaft nach Kräften zu beleben. Zu diesem Zweck werden Verhandlungen mit der Reichsbahn- und Reichspostverwaltung eingeleitet mit dem Ziele, möglichst umfangreiche Lieferungsanträge baldigt zur Ausführung zu bringen.

Auch der Wohnungsbau, insbesondere soweit es sich um Kleinwohnungen handelt, wird durch besondere Maßnahmen gefördert werden. Bereits im Gang befindliche Verhandlungen über die kommunale Umwidmung sollen beschleunigt zu Ende geführt werden. Zur Förderung der Bauwirtschaft und Linderung der Arbeitslosigkeit wird auch die Frage der Snaagriffnahme und des Ausbaus großer Straßenbauten geprüft werden.

Der Reichsfinanzminister ist ermächtigt, im Rahmen der Haushaltsmittel alle Lieferungsanträge unverzüglich in Gang zu setzen. Die Umgestaltung der Goldkreditbank auf ihre neuen Aufgaben wurde gleichfalls in der heutigen Sitzung eingehend erörtert. Schließlich berichtete der Reichsfinanzminister über die geplante Gestaltung des Ausgabeentlastungs- und Spargesetzes sowie der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft über das in Vorbereitung befindliche Standardgesetz für landwirtschaftliche Produkte.

Die Durchführung dieses Gesamtprogramms wird ohne Snaagriffnahme neuer Haushaltsmittel erfolgen.

Die Lübecker Kinderinfektion

Erklärungen des Reichsinnenministers

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde Dienstag mit dem zweiten Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Reichsinnenminister Dr. Birtz über die Unfallsfälle in Lübeck bei Anwendung des Calmetteschen Schutzimpfungsverfahrens

folgende Mitteilung:

Die tiefbedauerlichen Vorkommnisse in Lübeck haben mir Veranlassung gegeben, umgehend einen besonderen Bericht vom Reichsgesundheitsamt über die dortigen Vorgänge einzufordern. Nach dem Bericht des Reichsgesundheitsamts hat der sachliche Leiter des Gesundheitsamts in Lübeck im November v. J. auf Grund der im Lande und auch in anderen Ländern an hunderttausenden Fällen gesammelten Erfahrungen empfohlen, das Calmettesche Verfahren zur Schutzimpfung gegen Tuberkulose in Lübeck zur Anwendung zu bringen. Am 2. Juli 1929 war von Prof. Calmette eine Kultur bezogen worden, die in Lübeck durch Weiterimpfung von Kindern im Alter von 1 bis 2 Jahren weitergeführt war. Die Weiterimpfung und die Herstellung der Impfstoffe erfolgten unter der Leitung des Direktors des Allgemeinen Krankenhauses in Lübeck, Dr. v. Bredt, der die Impfung in den Schulen durchführte.

Vor der Ausgabe der Kulturen zu den Impfungen hat nach dem Bericht des Gesundheitsamts Lübeck eine Prüfung in Tierversuchen auf Unschädlichkeit stattgefunden. Im ganzen sind 246 Kinder geimpft worden. Am 26. April d. J. wurde dem Gesundheitsamt ein Todesfall und vier Erkrankungen unter den geimpften Kindern bekannt, worauf die Herausgabe der Impfstoffkulturen eingestellt wurde. Das Gesundheitsamt in Lübeck setzte am 14. Mai das Reichsgesundheitsamt von dem Sachverhalt in Kenntnis und bat gleichzeitig um Entsendung eines Sachverständigen, der in der Person des Prof. Ludwig Lange alsbald erkrankte. Die Sachverständigen kamen zu dem Ergebnis, daß die Unfallsfälle und wahrscheinlich auch die Erkrankungen durch eine die Impfung bedingte Tuberkulose verursacht sind.

Bis zum 17. Mai waren 50 Erkrankungen unter den geimpften Säuglingen festgestellt.

Elf Säuglinge sind an generalisierter Tuberkulose gestorben, ein Säugling an einer anderen bakteriellen Infektion, aber auch im letzteren Falle konnte außerdem eine Darmtuberkulose festgestellt werden. Soeben trifft die Nachricht ein, daß

die Zahl der Todesfälle jetzt 14 beträgt. Die Möglichkeit weiterer Erkrankungen unter den zuletzt geimpften Säuglingen ist leider nicht ausgeschlossen, und einzelne der Erkrankungen sind noch so schwerer Natur, daß auch sie noch zu einem tödlichen Ende führen können. Die Frage, worauf es anzuwenden ist, daß im Gegensatz zu allen sonstigen bisherigen Erfahrungen die Impfstoffaufhebungen so verberend wirkten, bedarf noch weiterer Klärung. Umfassende Untersuchungen, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, sind hierüber im Gange. Falls Verhelfungen vorgekommen sind, werden die verantwortlichen Personen in vollem Maße zur Rechenschaft gezogen werden. Ich habe sofort an sämtliche Landesregierungen ein Rundschreiben geschickt.

von der Anwendung des Calmetteschen Verfahrens ganz allgemein abzusehen, bis eine völlige Klarstellung erfolgt ist. Schon im Mai 1927 hat das Reichsinnenministerium des Innern in der ganzen Angelegenheit Zurückhaltung empfohlen. Der Reichsgesundheitsrat hatte sich schon damals auf den Standpunkt gestellt, daß zunächst noch weitere experimentelle Prüfungen aller neueren zur Tuberkuloseimpfung empfohlenen Verfahren notwendig seien, bevor insbesondere solche Verfahren, bei denen lebende Tuberkulosebazillen verwendet werden, bei Menschen in größerem Umfang erprobt werden können.

Lübeck, 20. Mai. Wie das Gesundheitsamt mitteilt, sind nach dem Stand der Ermittlungen bis zum 17. Mai von 243 erkrankten Kindern 18 gestorben, bei 13 wurde positive Calmette-Färbung als Todesursache festgestellt. Krank sind 33 Kinder, davon 8 schwer. Geheilt sind 10 Kinder. In ärztlicher Behandlung befinden sich noch 78 Kinder. 61 sind gesund, von denen allerdings, wie anzunehmen ist, noch ein Teil erkranken kann. Unbekannt ist der Gesundheitszustand von 42 Kindern.

Disziplinargericht verurteilt Böß

„Dienstentlassung, da unwürdig“

Berlin, 20. Mai. Vor dem preußischen Bezirksauschuß zu Berlin begann heute vormittag die Hauptdisziplinarverhandlung gegen Oberbürgermeister Dr. Böß.

Das Disziplinargericht fällt nach mehrtägigen Verhandlungen folgendes Urteil:

„Der Angeklagte hat die Pflichten verlehrt, die ihm als Amtsinhaber auferlegt sind und sich durch sein Verhalten im Amt und außer dem Amt gegen die Ehre der Stadt Berlin zu verhalten. Das Amt ist unwürdig. Er wird deshalb mit Dienstentlassung bestraft. Dem Angeklagten werden auf

Lebenszeit zwei Drittel des ihm gesetzlich zustehenden Pensionsbetrags als Unterführung gewährt. Die Vorauslagen des Verfahrens sollen dem Angeklagten zur Last gehen.“

Die Begründung des Urteils ist, was das ganze Verfahren, geht ein. Oberbürgermeister Böß, der sich von dem Urteil schwer getroffen zeigte, hat sofort Berufung gegen dasselbe eingelegt.

Berlin, 21. Mai (Funkdienst). Das Urteil des Disziplinargerichtshofes gegen Böß wurde von dem Vorsitzenden des Gerichts in seiner mündlichen Begründung hauptsächlich mit der Felsassäre begründet. Die Märsche seien ein Vorgang der, der einem Oberbürgermeister, einem Beamten in exponierter Stellung nicht hätte passieren dürfen.

Wirth zum Fall Frick

Der Herr Reichsinnenminister will immer noch abwarten

Im Hausbauausschuss des Reichstages erklärte bei der Beratung des Etats des Reichsinnenministeriums

Abg. Sölmann (Soj.)

Im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen wird auch von einem neuen umfangreichen Beamtenabbau gesprochen. Wir fragen, was auf diesem Gebiet geplant ist. Die Senkung der Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus werden wir bekämpfen. Wie steht es mit den Verhandlungen über die Aufhebung des Stahlschmelzverbots? Die breiten Volksschichten in Rheinland-Westfalen sind an der Aufhebung des Verbots nicht interessiert. Sollte das Verbot aufgehoben werden, so müsste man auch das Koffrotterverbot aufheben. Ist es richtig, dass die Reichsregierung beabsichtigt, im kommenden Winter eine umfangreiche Reform des Reichswahlgesetzes vorzulegen? Keinesfalls sind wir zu einer Aufhebung des Jugendwahlrechts und Beseitigung des Listenstimmens bereit. Wir erziehen den Reichsinnenminister, sich ausführlich über die Vorgänge in Thüringen zu äußern. Die Reichsautorität hat dort eine schwere Niederlage erlitten.

Die heute bekanntgegebenen nationalsozialistischen Ernennungen zeigen, daß Thüringen den Grundsatze strikte durchführt: „Wir stehen auf Berlin.“ Das in Thüringen verfassungswidrig registrierte, seit auch die Einführung der rassistischen Saboteure, die dem Artikel 148 der Reichsverfassung widerspricht, denn dieser verlangt die Jugendberufshilfe nicht nur im Geiste des deutschen Volkstums, sondern auch der Rassenverföhrung. Wie anders würde die Reichsregierung und würden die bürgerlichen Parteien vorgehen, wenn etwa

ein Kommunist Polizeiminister in Thüringen

wäre. Wir brauchen uns nur an das Jahr 1923 zu erinnern. Wenn die bürgerlichen Parteien in der Nationalsozialisten zurückweichen, brauchen sie sich über deren Wahlerfolge nicht mehr zu wundern. Das Kennzeichen des Verhaltens der Reichsregierung und ihrer Parteien ist Schwäche. Der Größenwahn und der Terror der Nationalsozialisten werden nun noch wachsen. Um so notwendiger ist, daß die großen republikanischen Organisationen im Lande sich fester erweisen als diese Reichsregierung.

Reichsinnenminister Dr. Wirth

verlas hierauf den Brief, den er in der Angelegenheit Frick an den Vorsitzenden des thüringischen Staatsministeriums, Staatsminister Baum, gerichtet hat, in dem es u. a. heißt:

„Ich hoffe und wünsche, daß es Ihnen möglich sein wird, die bevorstehende Beschlußfassung dahin zu beeinflussen, daß eine Wiedererrichtung der Meinungsverschiedenheiten, die ich durch meine Ausstrahlung als erzieherisch anstehen dürfte, vermieden werden kann. Die Ernennung eines der Unabhängigen der Nationalsozialistischen Partei bekanntem Beamten zum Leiter einer größeren Behörde der staatlichen Polizei würde zweifellos großes Aufsehen erregen und mit Rücksicht auf die erzielte Einigung die Reichsregierung und auch die thüringische Regierung in eine peinliche Lage versetzen.“

Was die grundsätzliche Frage anbetrifft, ob ein Nationalsozialist Beamter sein kann, so hat mein Ministerium unter meinen Amtsvorgängern ständig den Standpunkt vertreten, daß ein Beamter sich zu einer staatsfeindlichen Partei „bekennen“ könne, aber nicht in diesem Sinne sich „betätigen“ dürfe. Die Frage, ob die Nationalsozialistische Partei staatsfeindlich ist, möchte ich hier unerrört lassen.

Nach unüberprüften Zeitungsmitteilungen hat Minister Frick durch einen Erlaß den thüringischen Schulen mehrere Schulgebäude empfohlen. In diesen Gebieten ist nicht ohne Grund eine betont parteipolitische Tendenz erklirt worden, die umso peinlicher empfunden wird, als Herr Minister Frick in der Sitzung des Hausbauausschusses des thüringischen Landtags erklärt haben soll, daß die Gebiete sich gegen „rassenfeinde Elemente, nämlich die Juden“ richten sollten. Ich darf gestehen, daß dieser Vorgang den Reichsminister des Innern, der über Sinn und Geist der Weimarer Verfassung sich im klaren zu machen hat, ichm erzitlich berühren muß. Die Betonung politischer Dinge in einem Teil der empfohlenen Gebiete und die von Herrn Minister Dr. Frick ihnen im Ausschuss beigelegte Tendenz werfen von selbst die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit auf. Erlauben Sie mir noch, mit allem Freimuth als Mensch und Christ die Bemerkung hinzuzufügen, daß politische Hinweise in solchen Gebieten nach meiner persönlichen Auffassung dem Sinn des Reichstages widersprechen.“

Reichsinnenminister Dr. Wirth erklärte dazu weiter, daß er sich liebend an den Streitfragen solange keine Stellung einnehmen könne, als eine Antwort von Staatsminister Baum noch nicht eingetroffen ist. Die Frage des thüringischen Ernennungsausschusses haben wir vor das Reichsgericht gebracht. In dem vom Minister Frick empfohlenen Schulgebieten ist zweifellos Sinn, Geist und Buchstabe der Weimarer Verfassung gründlich verletzt, indem diese Gebiete nicht auf sich beruhen kann. Was die Frage des Eintritts von Nationalsozialisten in die Beamtenstellung betrifft, so muß abgewartet werden, was Minister Frick tun würde zur Verwirklichung seiner Absicht. Erst das bald vorliegende Material gibt mir die Möglichkeit einer grundsätzlichen Stellungnahme.

Sklavenhandel oder Volksverdummung?

Demagogisches Geschrei ist den Nationalsozialisten wichtiger als Volksernährung

Es lohnt sich im allgemeinen nicht, auf die Hehe und die Schwindelereien einzugehen, mit denen der nationalsozialistische Führer, eine geistig bescheidene Persönlichkeit verkleidet, Wesen verdammt nicht ganz verstanden ist, muß ohne weiteres die Hohlheit der hahnbüchernen Behauptungen dieses Blätters durchschauen. Sie und da verlohnt es sich jedoch trotzdem, gelegentlich einmal irgend eine der „Sensationen“ aus Korn zu nehmen, die da als Beweis gegen den gesunden Menschenverstand verzapft werden. So hat der Führer in seiner letzten Nummer unter dem Titel „Blühender Sklavenhandel“ mit viel Geschrei und wenig Verstand eine erregte Emittell losgelassen, die sich dagegen wendet, daß der Deutsche Bauergewerksbund in Verbindung mit den Arbeitämtern bemüht ist, durch Beschäftigung von Bauarbeitern im angrenzenden Frankreich die Arbeitslosigkeit in ungerer Deimat zu mildern. Angesichts der fürchterlichen Arbeitslosigkeit muß man es schon fast als ein Stück Rohheit bezeichnen, wenn die Beschaffung von Arbeit für die armen Opfer der schweren Wirtschaftskrise zu nichts anderem als zu einer maßlosen Hehe verwendet wird, von allem Sonstigen noch abgesehen. Wenn die Nationalsozialisten nichts Besseres zu tun haben, als auf diese Weise „Agitation“ zu treiben, dann verraten sie, daß ihnen die Verelendung der Arbeiterklasse nur ein Mittel sein soll, zu ihren nicht gerade hochstehenden Parteizwecken. Wir veröffentlichen daher nachstehend eine Zuschrift des vom Führer angegriffenen Deutschen Bauergewerksbundes Karlsruhe, die in sachlicher Darlegung den Schwindel zurückweist, den der Führer in seiner letzten Nummer seinen Lesern servierte:

Der Führer, das habsche Samstaabblatt für nationalsozialistische Politik und deutsche Kultur, Jahrgang 4, Folge 20 vom 17. Mai 1930 veröffentlicht einen Heftartikel unter der Überschrift „Blühender Sklavenhandel“. Darin sind viele Zitate aus Reden und Zeitungen zusammengetragen, deren Richtigkeit wir nicht nachprüfen haben. U. a. sind jedoch Aussagen aus einem Zirkular des Deutschen Bauergewerksbundes, Bezirksverband Karlsruhe, entfallen. Dazu müssen wir Stellung nehmen. Das Zirkular umfaßt zwei engeschrriebene Schreibmaschinenseiten. Daraus hat der Führer die ihm passenden Köpfe herausgeschnitten und veröffentlicht. Das, was nicht in den Rahmen seines Heftartikels paßt, ist herausgelassen worden. Unsere Mitwirkung bei der Vermittlung von Arbeitskräften nach Frankreich geben wir zu. Grundlegend für uns ist jedoch folgender Satz im Zirkular, der wohlweislich vom Führer unterdrückt ist:

„Vermittelt werden grundsätzlich nur Personen, die sich freiwillig melden.“

Weber wir, noch irrend ein Arbeitsamt wird einen Druck auf die Arbeitsuchenden ausüben. Nur wer vollständig freiwillig bereit ist, Arbeit in Frankreich anzunehmen, wird vermittelt. Aus dem Zirkular geht auch mit aller Deutlichkeit hervor, daß wir die Sicherheit haben, daß Bauarbeiter nur an Firmen vermittelt werden, wenn ortsüblicher resp. Tariflohn gezahlt wird.

Seit 2½ Jahren sind deutsche Baufirmen und deutsche Arbeiter in Frankreich mit Reparationsarbeiten beschäftigt. Es ist leicht verständlich, daß der Deutsche Bauergewerksbund und die anderen in Frage kommenden Gewerkschaften bestrebt sein mußten, für diese Arbeiter ebenfalls geregelte Löhne und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Es ist nicht leicht gewesen, die betreffenden Firmen an den Verhandlungstisch zu bringen und Vereinbarungen oder Tarifverträge mit uns abzuschließen. Am Moskafanal z. B. konnte eine Vereinbarung nur durch einen längeren Streik erzielt werden. Daraus geht wohl am allerdeutlichsten hervor, daß gerade wir im Deutschen Bauergewerksbund mit allen Mitteln bestrebt sind, unsere Mitglieder im Auslande vor Verflawung zu schützen.

In diesem Jahre wird das Baugewerbe in Frankreich eine Hochkonjunktur haben. In Deutschland sind heute noch 50 Prozent der Bauarbeiter arbeitslos. Es besteht gar keine Aussicht, alle Bauarbeiter in Arbeit zu bringen. Von den nationalsozialistischen Phrasen wird leider kein Bauarbeiter satt. Fast alle sind ausgeheuert und die Aufnahme der Bauarbeiter in die Fürsorgeunter-

stützung ist abzulehnen. Der Hunger ist ständiger Gast bei den Familien der Bauarbeiter. Der Drang nach Arbeit, ganz gleich wo, seitens der Bauarbeiter ist verständlich und berechtigt. Sie verlangen von den Verhandlungstischen, daß sie ihnen bei Auffindung von Arbeitsgelegenheiten beihilflich sind.

Aus diesem Grunde und weil Frankreich für Bauarbeiter in diesem Jahre aufnahmefähig ist, mirken wir bei der Vermittlung von Arbeitskräften nach dort mit. Aber genau so, wie wir für die bei Reparationsarbeiten beschäftigten deutschen Arbeiter die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt haben, so sind wir auch bestrebt, den an Privatfirmen vermittelten Arbeitern geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Hierbei kann es sich natürlich nur um die tariflichen Bestimmungen handeln, die in Frankreich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen festgelegt sind.

Das Zirkular zeigt deutlich, daß die Fragen des Wifums, der ärztlichen Untersuchung, der Reisekosten, etwaige Uebernachtungs- und Beköstelungen geregelt sind, daß ein bestimmter Lohn festgesetzt ist und das zugleich die Frage der Beförderung und Unterbringung geregelt wurde. Es sind auch die Stellen angegeben, wo die deutschen Arbeiter in Frankreich Schutz suchen und finden können.

Während die Nationalsozialisten die Arbeiter mit Phrasen zu beneheln versuchen, leisten wir praktische Arbeit und Hilfe. Ihr „großer“ Führer Ehrhardt hat den Nazi-Sozi vor kurzem ausgerufen: „Nicht soziale Gedanken zu propagieren, sondern den Gedanken des Herrenkums.“ Bereuen auf der einen Seite bedingten Sittensen auf der anderen. Was die Berechtigten anderen andererseits zum Vorwurf machen, herleiten sie selber im Inlande vor. Dann tun die Nazi-Sozi so als wenn die Ausreise Deutscher nach dem Auslande eine Erleichterung von heute wäre. Die Tatsachen sind bekannt, daß deutsche Kolonien in Rußland, in Siebenbürgen bestehen und daß Hunderttausende von Deutschen zu allen Zeiten nach Amerika ausgewandert sind. Auch in anderen Ländern sind deutsche Kolonien zu finden.

Reiben wir bei unserer engeren Heimat, aus der zur Zeit Vermittlung von Arbeitskräften nach Frankreich erfolgen soll, so wäre folgendes festzustellen:

Die Bauarbeiter wohnen nicht in den großen Arbeitsorten, besonders nicht in den Großstädten, sondern verstreut in tausenden von Landorten. In jeder Großstadt finden wir Bauarbeiter, die vielleicht in Hunderten von Landorten ihren Wohnsitz haben. In Straßburg haben vor und während des Krieges Hunderte von Bauarbeitern aus den benachbarten Amtsbezirken Rehl, Offenbura, Mühl gearbeitet. Durch den Friedensschluß haben diese Arbeiter ihr eigentliches Arbeitsgebiet verloren. Sie sind heute zur Arbeitslosigkeit gezwungen. Was liegt näher, als daß diese Bauarbeiter heute wieder das Bestreben haben, in ihr altes Arbeitsgebiet nach Straßburg zurückzukehren. Kein Mensch hat sie dazu gezwungen, hat sie vertrieben oder verkauft. Sie sind freiwillig in ihr altes Arbeitsgebiet zurückgekehrt.

Die Nazis jetzt überwiegen kleinhäuerlichen Besitz. Die heranwachsenden Söhne und Töchter der Bauern, müssen nach der Schulerfassung abwandern und sich ein Arbeitsgebiet suchen. Die Industrie in der Wals hat wenig aufnahmefähig. Viele der jungen Söhne wandern nach dem Bauergewerbe zu. Das Bauergewerbe erhielt auf diese Weise Tausende von Arbeitskräften mehr, als wie es jemals selbst beschäftigen konnte. Diese überflüssigen Arbeitskräfte wanderten in der Vorkriegszeit nach dem Saargebiet und besonders nach Lothringen aus. In Lothard, Diedenhofen, Gagendingen. Metz konnte man pfälzische Bauarbeiter zu Hunderten antreffen. Dieses Arbeitsgebiet war den Wälder Bauarbeitern nach dem Kriege verschlossen. Die Arbeitslosigkeit war deshalb in jedem Jahre in der Wals besonders groß. Wenn die Arbeiterklasse nicht zur Verzweklung getrieben werden sollte, mühte jede Gelegenheit zur Arbeitsvermittlung ergriffen werden. Wenn daher jetzt Wälder Arbeitskräfte nach Lothringen vermittelt werden, so bedeutet das nichts anderes, als daß sie in ihre alten, früheren Arbeitsgebiete zurückkehren.

Also die Nationalsozialisten lassen sich mit ihrem Geschrei über Verflawung von Sals heilen. Mit Geschrei, Phrasen und Verberitungen neuer Kriegs schaffi man keine Arbeitsgelegenheit, damit hilft man nur, die Zustände weiter verschlimmern.

Die Bauarbeiter in ihrer Masse sind geschäftig genug, sie gehen den Nationalsozialisten nicht auf den Reim. Der Bezirksvorsitzende, J. A. K. Horier.

Nadolnys diplomatischer Befähigungsnachweis

Der SPD schreibt uns: Der deutsche Botschafter in Angora, Herr Nadolny, weilt dieser Tage in Genf, um Herrn Curtius zu empfangen, ihm einen wichtigeren Botschafterposten anzuvertrauen als die Vertretung des Deutschen Reiches bei Mustafa Kemal, doch die Zeit hatte Nadolny sein Augenmerk auf Rom gerichtet, doch durch die in Aussicht genommene Kombination, Neurath in London und Schaubert in Rom, das Ziel seiner Sehnsucht einmüde unerreichbar. Aber Herr Nadolny hat es eifrig versucht, und der Weg nach Rom verfehlt ist, hat er es auf Moskau abgesehen und mit Herrn von Ditteln verdrängen, obwohl gegen den festesten Protetoren in der Umgebung des Reichsorsolanten den. Er denkt sich, daß in einer Zeit, wo eine schwache Reichsregierung fast ausschließlich davon lebt, daß sie mit dem Kaiser des Reichspräsidenten konstant, man es nicht wagen wird, Wälder, dann aber die recht umfängliche Mission, unbedingtheit zu lassen. Daher die recht aufwendende Reise nach Genf. Und gerüchweise darüber, daß diesmal Herr Botschafter Nadolny sich nicht umsonst bemüht habe.

Wir wollen diesen Gerüchten trotzdem noch keinen Glauben schenken, denn im Auswärtigen Amt weiß man genau, was von den tatsächlichen Fähigkeiten dieses rühmigen Bewerbers zu halten ist. Herr Nadolny hat sich vor einem Jahre um den Posten in Rom beworben, wollte er seiner Kandidatur besonderen Nachdruck durch einen Bericht verleihen, in dem er einen großzügigen Plan für deutsch-italienische Annäherung entwarf. Er setzte darin auseinander, daß die Voraussetzung für eine solche Freundschaft die Vereinfachung der Süditalien Frage sei. Erst seit dieses Hindernis beseitigt wurde, habe eine enge Freundschaft zwischen Berlin und Rom nichts mehr im Wege. Was ist nun Herr Nadolny's Lösung der Beseitigung dieses Hindernisses? Man lese und staune. Er reist an, daß man die gesamte deutsch-italienische Bauernbevölkerung, also eine Viertelmillion Menschen, von Süditalien nach Ostpreußen verplante und sie dort ansiedle. Damit wären zwei Millionen mit einem Schloge getötet: einerseits wäre die Bahn für eine hundertprozentige deutsch-italienische Freundschaft, andererseits würde Ostpreußen durch einen neuen Schub nach deutschen Menschen gegen die Kolonisationstendenzen stärker geschützt.

Diese geniale Patentlösung war beinahe schuld daran, daß Herr Nadolny um ein paar Monate früher starb, als es geschah. In dem Namen Nadolny in den eingemeißelten Kreisen des Auswärtigen Amtes gar nicht ausgesprochen werden, ohne daß die anmeldebereiten Herren sofort in Lachen ausbrechen.

Kein Wechsel im Mostauer Botschafterposten

Berlin, 20. Mai. (M.B.) Entgegen den in der Presse verbreiteten Meldungen wird von ausländischer Seite mitgeteilt, daß ein Wechsel in der Besetzung des Mostauer Botschafterpostens nicht abzusehen ist.

Freistaat Baden

Personelles vom Innenministerium

Nach einer Meldung des Heidelberger Tagblatts steht die Ernennung von Ministerialrat Otto Weiskel als Nachfolger des bisherigen Ministerialdirektors Föhrenbach zum Ministerialdirektor im Innenministerium des Freistaates Baden bevor. Gegenüber dem Ministerialrat Dr. Keller und Schumacher, die die Badische Regierung im Innenministerium ernannt werden, hat der Badische Reichsausschuss die Ernennung von Weiskel als Ministerialdirektor nicht ohne Bedenken in Frage kommenden Herren näher kennt; wird über die politische Parität, die den Neubesetzten zu Grunde liegt, befristet werden. Was jedoch den Kreis um die Neue Badische Landesregierung angeht, hindern kann, mit Herrn Veers auf dem Jahre Parteitag weiter über das Andemokratische im Landtag und im Baden zu tauchen.

Ernennung. Der Oberregierungsrat Ferdinand Huber zum Ministerium des Kultus und Unterrichts wurde zum Ministerialrat ernannt. Ihm obliegt seit langem das Referat über das gemeinliche Fachschulwesen.

Volkswirtschaft

Die Schweizerkammer des Badischen Bauernvereins fand in Rastatt statt. Das Hauptreferat des Tages hielt Reichsminister a. D. Schuler, der ein Bild über die herrschende Lage und die dringendsten Aufgaben der Landwirtschaft gab. Die Reden der Landwirtschaft haben eine sehr angenehme, der außerordentliche Maßnahmen erforderliche, eine Lebensfrage für das deutsche Volk sei die Erhaltung der Landwirtschaft. Die Aufgabe der deutschen Landwirtschaft ist die Erhaltung der Landwirtschaft. Die Aufgabe der deutschen Landwirtschaft ist die Erhaltung der Landwirtschaft.

Die Statistik A. G. in Berlin läßt es, wie in den Vorjahren, bei einem Abwände von 10 Prozent verbleiben. Der Rohertrag hat sich um 9,8 Millionen auf 10,5 Millionen gesteigert.

Neuere Information über die Wirtschaft kann vom südlichen Grenzpunkt aus die von der Frankfurter Sozialdemokratie herausgegebenen „Wirtschaftsberichte mit Zahlen“ der Frankfurter Zeitung beifügen empfohlen werden. Das werden erscheinende Blatt ist seit dem Jahre 1929 (einschließlich 3. - 1930). Jahresabkommen der Verbindung der beiden Arbeitervereine, Produktionsleistung, Produktion, Weltmarkt, Rohstoffpreise, internationale Rohstoffmarkt, während unter anderem die Beiträge neben einem Aufsatz über Anwesenheit und Reparationsarbeiten der Gebirgsindustrie in Deutschland eine eingehende statistische und wirtschaftliche überaus beachtenswerte Unterredung enthält.

Die Deutsche Zündholzfabrik A. G. in Berlin, die vom Schwedenscheider beherricht wird, stellt für 1929 ihre Dividendenabgabe ein. Im Bericht über die Verwaltung der Zündholzfabrik A. G. vom 2. März 1930 ist die Deutsche Zündholzfabrik A. G. als ein sehr verständnisvoller Geschäftspartner der Regierung als einen Geschäftspartner der Regierung, den gesamten Zündholzverkauf und die Zündholzfabrik die Hände eines Staatsmonopols zu legen. Die Zündholzfabrik A. G. hat im letzten Jahre zur Verbesserung der Produktionsbedingungen und zur Erhebung der Löhne 7,5 Millionen investiert. Bei einem Produktionsgewinn von 6,7 gegen 7,5 Millionen im Jahre 1929 hat die Fabrik, Steuern und Abgaben, die keine wesentlichen Veränderungen zeigen, ein Reingewinn von 107 262 gegen 70 262 Mark im Vorjahr ausgewiesen.

Reichsruher Schachtelmarkt. Zufuhr: 22 Oefen, Preis 44-56. Aufen 44-51, 30 Röhre 16-34, 148 Röhren 45-49, 120 Röhren 45-50, 1050 Schmelze 49-72. Zennung: beste Qualität über Rost bezahlt, Großhändler langlam, Ueberland, bei Schweinen und Rindern mitreimäßig geräumt.

Grühlingen. Die hiesige Spar- und Darlehenskasse hielt kürzlich die 6. ordentliche Generalversammlung ab, die einen außerordentlich harmonischen Verlauf nahm. Der Vorsitzende des Ausschusses, Verbandspräsident Schaber, erläuterte nach erfolgter Begrüßung der erschienenen Genossen den Geschäftszustand und den Geschäftsbericht, sowie den Revisionsbericht. Das verlassene Geschäftsjahr brachte der Genossenschaft ein recht befriedigendes Ergebnis und eine weitere Steigerung des Umlages. Die Entlastung wurde einstimmig erteilt; der Gewinn wurde lautunabhängig und Aufwandslos die lautunabhängig ausbleibenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder dankend und Müller werden einstimmig wieder zum Vorstand ernannt. Der Vorsitzende des Ausschusses wurde Herr Jordan zum Vorstand berufen.

Kalibergbau in Baden

Rechnungsnachweisungen — Beteiligung des Staates an Kaligewerkschaften — Gemeindeforderungen — Kampf um Waghäusel — Abgelehnte Hafenkreuzwünsche — Feuerwehr und Unfallversicherung

Wichtigster Beratungsgegenstand der heutigen Tagesordnung des Landtags war der Gesetzentwurf betreffend weiterer Kapitalbeteiligung des badischen Staates am Kaliwerk Buggingen. Das Kaliwerk Buggingen entwickelt sich sehr günstig. Der badische Staat tut gut daran, seinen Einfluss und Anteil an diesem Wirtschaftsbetrieb zu erhalten und womöglich noch zu steigern. Es stimmte denn auch kein Abgeordneter gegen das Gesetz. Die fünf Enthaltungen stammen von den unentwegten und unbefehrbaren Gegnern jeder wirtschaftlichen Betätigung des Staates. Es muß auch noch solche Leute geben.

Die Zahl der Gemeinden wurde durch „Erhebung“ der abgeordneten Gemarlung Waghäusel zu einer selbständigen Gemeinde um eine Gemeinde vermehrt. Auch dieses Gesetz wurde nahezu einstimmig angenommen.

Die Hafenkreuzler dürfen nach dem Verlauf der heutigen Sitzung wieder zwei Misserfolge buchen. Sie verlangen die Aufhebung des Redeverbotes gegenüber ihren Oberherren Loeper und Münchmeyer. Die Begründung des Antrags durch den Abg. Köhler zeigte, daß der Bedarf an Stillschüssen und nationalsozialistischen Schimpfereien im eigenen Lande ausreichend gedeckt ist, also auswärtiger Zuspruch gänzlich überflüssig ist. Der Antrag der Dittmerer wurde selbstverständlich abgelehnt. Bestgestellt muß werden, daß die Nationalsozialisten Hilfe bei den parteipolitischen Abgeordneten Bauer, Steinel und Dr. Horn fanden. So wahren die Herren das Andenken ihres Führers Stresemann, der gerade von Loeper und Münchmeyer besonders gerne und immer beschimpft wurde.

Der „Erfolg“ der Nationalsozialisten bei ihrem weiteren Antrag, für die landwirtschaftliche Bevölkerung eine allgemeine Kranken- und Invalidenversicherung einzuführen, war eine große Blamage. Herr Merk, der Antragsteller schloß; es ist überhaupt in letzter Zeit, entweder überhaupt kein Nationalsozialist mehr in den Sitzungen anwesend oder höchstens der Herr Köhler. Herr Köhler erklärte, daß er von der Sache nichts verstände. Von was er denn eigentlich etwas verstehe, hat man bis jetzt im Landtag noch nicht erfahren. Die Herren mußten sich lassen, daß ihr Antrag von keinerlei Sach- und Gesetzeskenntnis zeige. Daß denn solch einem Begehren nicht zugestimmt werden konnte, ist klar. Die Nationalsozialisten haben durch ihre bisherige Tätigkeit im Landtag einen Ansehensverlust erlitten, der wohl schon dem Großteil ihrer Wähler im Lande die Ueberzeugung gebracht haben dürfte, welchen Wertschätzung sie verdienen, als sie im Oktober letzten Jahres dieser Partei ihre Stimme gaben. h. v.

64. Sitzung

h. v. Karlsruhe, 20. Mai 1930.

Mit herzlichen Worten begrüßte Präsident Duffner den zum ersten Male nach langer Krankheit wieder den Sitzungen beimwohnenden Abg. Schöfer. — In der Tagesordnung erstattete zunächst

Abg. Seubert einen Bericht über die Rechnungsnachweisungen für die Rechnungsjahre 1927 und 1928. — Ohne Aussprache werden nach dem Ausschussantrag die Nachweisungen zur Kenntnis genommen.

Die Beteiligung an Kaligewerkschaften in Baden

Den Ausschussbericht gibt Abg. Rüdert. Der Haushaltsausschuss beantragt, dem Gesetzentwurf un verändert zuzustimmen. — Eine Aussprache findet nicht statt. Das Gesetz wird bei 5 Enthaltungen angenommen. Enthaltungen hat sich die Wirtschaftspartei und die Deutschnationalen.

Ueber ein Gesetz des Verbandes badischer Gemeinden, betr. Änderung des badischen Steuerverteilungsgesetzes durch Neuorganisation des Lastenanschlusses unter den Gemeinden, erstattet Abg. Rüdert Bericht. Das Gesetz wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen.

Umwandlung der abgeordneten Gemarlung Waghäusel in eine Gemeinde

Abg. Dr. Wollhard erstattet den Ausschussbericht und beantragt Annahme des Gesetzentwurfs.

Abg. Schneider (Zentr.) gibt eine Erklärung ab, nach der der größte Teil der Zentrumsfraktion dem Gesetzentwurf zustimmen werde. Im allgemeinen ist das Zentrum der Auffassung, daß die Bildung kleiner Gemeinden nicht zweckmäßig sei.

Abg. Weismann (Soz.) gibt namens der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

Wir stimmen der Vorlage zu, obwohl wir in einigen Punkten Bedenken gegen sie haben. Uns leitet der Gedanke, die derzeitige Arbeitslosigkeit bei der Zuckerrüben Waghäusel zu erhitzen. Wir können es nicht verantworten, die letzte Beschäftigungsgelegenheit für rund 1000 Arbeiter während derselben

Audertreiben-Kampagne aufs Spiel zu setzen. Auch die etwaige Verlegung der Zuckerrüben-Wirtschaft von ihrem jetzigen Sitze Mannheim — eine der größten badischen Wirtschaftsknotenpunkte — wäre zu befürchten. Das liegt nicht im Feuerlichen Interesse Badens.

Die Bedenken von Oberhausen teilen mir; das größere Interesse des Landes Baden erfordert aber die Selbständigwerdung der Gemeinde Waghäusel. Wir begrüßen jedoch die Zuerteilung von 145 Hektar Waldfläche der Lohardt zu Oberhausen, was bisher nicht vorgesehen war. Wir nehmen ferner von der Erklärung des Herrn Ministers des Innern im Rechtsplegeauschuss Kenntnis, daß die neue Gemeinde Waghäusel in berechtigtster Weise zu den Bebauungskosten für Oberhausen beizugehen werden soll. Wir hoffen, daß die neue Gemeinde sich gut entwickeln, daß aber auch die Befürchtung, die Bürger könnten in Abhängigkeit zur neuen Gemeinde kommen, nicht eintreten wird; wir erwarten im Gegenteil, daß die neue Gemeinde sich zu einem fortschrittlichen Gemeinwesen in wirtschaftlicher, kultureller und sonstiger Hinsicht entwickeln wird. Wir stimmen also der Vorlage zu. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frau Langendorf (Komm.) lehnt die Vorlage unter Angriffen auf die Zuckerfabrik Waghäusel ab. — Abg. Bauer (D.Vp.) Abg. Dr. Schmittbeumer (D.Nat.) und Abg. Dr. Wollhard (Dem.) geben ebenfalls für ihre Fraktion zustimmende Erklärungen ab, worauf die Gesetzesvorlage gegen 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen wurde.

Im Zusammenhang mit dem Gesetze stehen Gesetze der Gemeinderäte Rheinhafen, Oberhausen, Mühlheim und Neulohheim und Stettfeld betr. Aufhebung der abgeordneten Gemarlung Untere Lohardt. Berichterstatter Abg. Dr. Wollhard beantragt, die Gesetze des Gemeinderats Rheinhafen und Oberhausen u. a. der Regierung empfohlen zur Kenntnisnahme zu überweisen, und das Gesetz des Gemeinderats Stettfeld zur Kenntnisnahme. Dem Antrag wird stattgegeben.

Die Nationalsozialisten möchten ihre Mitatoren Loeper und Münchmeyer wieder auf das badische Volk loslassen; es besteht gegen beide bekanntlich ein Redeverbot für Baden. Ein Antrag der Nationalsozialisten verlangt Aufhebung des Redeverbotes. Abg. Trinks berichtet. Der zuständige Ausschuss beantragt Ablehnung des Antrags. Das Haus beschließt demgemäß.

Abg. Köhler (Natlos.) begründet den Antrag. Er meint, im Sechziger Jahre habe man noch ein Redeverbot verstanden können, weil damals das neue Republikgesetz noch nicht bestanden habe. Das Republikgesetz gewähre genügend Sandbänke zum Einschreiben. Es sei unklar, daß durch Reden von Nationalsozialisten die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet worden sei. — Die Rede des Herrn Köhler wurde viel belacht.

Abg. Böning (Komm.) lehnt die Aufhebung des Redeverbotes ab. Der Redner verweist darauf, daß in Thüringen der dortige Innenminister Fried das vielbekämpfte Republikgesetz gegen die Kommunisten anwende und auf Grund dieses Gesetzes kommunistische Zeitungen verbiete. — Hierauf wird der Antrag des Rechtsplegeauschusses angenommen. Dagegen stimmen neben den Deutschnationalen die Abg. Bauer, Steinel, Dr. Horn, Volkspartei! Auch die Wirtschaftsparteiler Spielmann und Hermann stimmten für die Aufhebung des Redeverbotes.

Ein weiterer nationalsozialistischer Antrag verlangt die Einführung einer allgemeinen Kranken- und Invalidenversicherung für die landwirtschaftliche Bevölkerung. Berichterstatter Abg. Graf, Vorstand beantragt Ablehnung des Antrags. — Abg. Köhler (Natlos.) begründet den Antrag. — Abg. Schill (Zentr.) ergeht sich in sehr langen und weilschwefigen Ausführungen über das Wesen der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und rebet besonders der Beteiligung der kleinen Renten ab. — Auch Abg. Silbert (Wirtsch. u. Vpt.) wendet sich gegen den Antrag.

Abg. Markloff (Soz.)

stellt fest, daß der nationalsozialistische Antrag durch keinerlei Sachkenntnis getrübt ist. Die Herrschaften würden bei Annahme ihres Antrags erreichen, daß die Landwirtschaft bei allen Unfällen nichts erhalte. Die Antragsteller wissen auch nicht, daß Baden in dieser Sache nichts tun kann, da diese Frage Angelegenheit des Reiches ist. Dem Wunsch des Abg. Schill, die Renten bis zu 25 Prozent aufzuheben, kann nicht entsprochen werden, denn die Rente wird ja an sich schon nach niedrigen Werten berechnet. Es ist nicht anständig, die kleinen Renten fallen zu lassen. Bestimmt muß die noch bestehende Trennung zwischen hauswirtschaftlicher und landwirtschaftlicher Tätigkeit werden. Jeder Unfall, und wenn er noch so klein ist, muß gemeldet werden. Der kleinste Unfall kann schwerste Folgen haben. Zum Schluß wendet sich Redner gegen die vom Abg. Silbert verlangten Landfrankenklassen. (Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Abg. Dr. Leers (Dem.) wendet sich gegen den Antrag. — Minister des Innern Dr. Wittemann meint, ein Antrag im Reichstag auf Befreiung der kleinen Renten sei ausichtslos. Billiger wie die badische Versicherungsgesellschaft arbeite keine andere Gesellschaft. Es sollten im Rahmen der reichsgesetzlichen Regelung Grenz gezogen werden. Die Rechte der Landesregierung sind auf die-

sem Gebiete sehr gering. — Der Antrag des Ausschusses wurde hierauf angenommen. Weiter wurde eine Entschließung angenommen, in der die Befreiung der Renten und Mängel im landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgesetz verlanget wird.

Eine identische Anfrage betr. die Einbeziehung der Feuerwehren in die gesetzliche Unfallversicherung, begründet Abg. Dr. Kaanmann. Die Anfrage weist darauf hin, daß durch die Einbeziehung der Feuerwehren in die gesetzliche Unfallversicherung neben gewissen Verbesserungen auch wesentliche Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Zustand eingetreten sind, indem die Feuerwehren bei Unfällen unzulängliche Entschädigungen erhalten. Die Regierung wird gefragt, ob sie bereit ist, Maßnahmen zu treffen, welche den Mitgliedern der Feuerwehr die früheren Entschädigungen wieder gesichert werden.

Die Antwort der Regierung gibt Regierungsrat Weiß. Allerdings werde man den unfallgeschädigten Feuerwehren eine Entschädigung bis zu den vollen Reichsversicherungssätzen nicht zu zahlen können. Nur im Falle der Bedürftigkeit wird bis zu den vollen Sätzen der früheren Regeln zu geben möglich sein. — Die Befreiung der Feuerwehren von der gesetzlichen Unfallversicherung ist die Tagesordnung erschöpft. Gegen 1/2 Uhr mittags wird die Sitzung geschlossen und die nächste Sitzung auf Dienstag, 3. Juni, anberaumt.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Sozialdem. Bürgerausschussfraktion
Freitag, 23. Mai, abends 8 Uhr, Fortsetzung der Beratungen. Pünktlich erscheinen!

Bezirk Beierheim
Am Mittwoch, den 21. Mai, abends 8 Uhr, im Restaurant „Beierheimer Hof“ hält Gen. Pfarrer Kappe einen Vortrag über „Kirche und Klassenkampf in Vergangenheit und Gegenwart“. Die Parteigenossen und -genossinnen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. Freunde und Bekannte sind mitzubringen.

Frauenaktion
Am Donnerstag, 22. Mai, abends 8 Uhr, findet im Friedrichshof (Festsaal) ein öffentliches Konzert statt aus Anlaß des internationalen Frauentages. Genossin Reichsstadtschweizerin Buchs wird sprechen über „Die Frau und der Sozialismus“. Die Parteigenossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und Freunde aus Betanrentkreisen mitzubringen.

Bezirk Mittel- und Südweststadt
Mittwoch, 21. Mai, abends 8 Uhr in der Gambriusstraße, Beierheim, Genosse Staatsanwalt Dr. Meiler spricht über „Die Reform des Strafrechtbuchs“. Zahlreiches Erscheinen der Parteimitglieder und sonstiger Volksfreundeabonnenten wird gewünscht.

Bezirk Südstadt
Mittwoch, 21. Mai, abends 8 Uhr, findet in der „Deutsche Erde“, Augartenstraße, eine Bezirksversammlung statt. Der Redner wird Gen. Direktor Bruhl über das hochwichtige aktuelle Thema: „Die Wirkung der neuen Zölle und Steuern auf die Konsumenten“ sprechen. Anschließend werden Filme von Berlin der WGG vorgeführt, die gewiß bei den Genossinnen und Genossen großes Interesse finden dürfte. Es darf daher ein guter Besuch erwartet werden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Führer, Donnerstag, 22. Mai, 8.15 Uhr abends, Sitzung im Reichsbanner-Kameradschafts-, Zug- und Gruppenführer. Lokal: Gebirgshalle. Vollständiges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Freitag, 23. Mai, 7.30 Uhr abends, Antreten der Altären am Durlacher Tor zur besonderen Verewbung (Dienstausg.).

Sonntag, 25. Mai, Voraussichtlich Redaktionsfabri. Näheres folgt.

Auskünfte der Redaktion

Nr. 100, Kinder unter 14 Jahren dürfen zum Stenktloofen nicht verwendet werden.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerbigungszeiten. 19. Mai: Kaufine Melcher, alt 33 Jahre, Ehefrau von Hermann Melcher, Tagelöhner. (Mühlburg.) Maria Seibert, alt 36 Jahre, Ehefrau von Hermann Seibert, Pöhlhelfer. Beerbigung am 21. Mai, 14 Uhr. — 20. Mai: Imburg, alt 3 Mon. 29 Tage, Vater Jakob Dirich, Schuhmann.

„...seitdem ich mit **imi** spüle, wird das Geschirr viel schneller und besser sauber.“

Bei Millionen Hausfrauen bestfätigt sich dieses Urteil täglich: Spiegelnden Glanz, appetitliche Sauberkeit zeigen **imi**-gepflegte Geschirre. Frischer und bekömmlicher schmecken die Speisen, seitdem mit **imi** gespült wird. Und vor allem viel weniger Arbeit und Mühe beim Aufwaschen und Spülen.

Nehmen Sie zum Aufwaschen und Spülen immer

Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Persilwerken

1 ESSLÖFFEL **imi** AUF 10 LITER = 1 EIMER HEISSES WASSER





Partei-Nachrichten

Wahlkampf (Soz. Verein.) kommenden Sonntag, 25. Mai, findet...

Wahlkampf. Der Frauenwahlkampf der SPD, der am 16. Mai...

Ausstellung der Kinderfreunde auf dem badischen...

Die Ausstellung des Offenburger Parteitages der Sozialdemokratischen...

Die Ausstellung zeigt die durchwegs positive Einstellung...

Die Ausstellung zeigt die durchwegs positive Einstellung...

Kleine bad. Chronik

Schwerer Motorradunfall. In der Nacht (Mittwoch), 20. Mai, Sonntag vormittag 1.30 Uhr...

Wahlkampf. (Männergesangsverein Frohmann.) Wir machen unsere...

Wahlkampf. Beim Spiel auf der Dossenheimer Landstraße lief...

Gewerkschaftsbewegung

Ausperrung in Lahr. Die Strehba-Werke, G.m.b.H., in Lahr...

Metallarbeiterverband, Kreisverwaltung Offenburg.

Zum Textilarbeiterstreik in Oberbaden. Weitere Ausdehnung des Kampfes, Stilllegung von weiteren...

Maulburg. Im Werk Maulburg ist nunmehr infolge des Streiks...

Betriebsrätewahl bei der Reichsbahn. Vorläufiges Wahlergebnis.

Das vorläufige Gesamtergebnis der Wahlen zum Hauptbetriebsrat...

Der Einheitsverband hat sich aller gebührenden Angriffe seiner...

Der Einheitsverband hat diesen großen Erfolg trotz der Unannehmlichkeiten...

Die „Opposition“ hat an verschiedenen Stellen empfindliche...

Der Reichsbahnverband hat unter Aufbietung aller Mittel...

Alle Zweifler haben nichts genutzt. Der Einheitsverband hat...

„Ostersheim (bei Schmiedingen). Am Sonntagabend war die...

„Mannheim. Am Montag erreichte der Rhein in Mannheim...

„Jell a. S. Der knapp zwei Wochen verheiratete 29 Jahre alte...

„Willingen. Montag nachmittag führte auf einer Waldstraße...

„Triebs. Unter einem Schutthausen beim Friedhof wurde die...

„Schwellingen (am Waldsied). Montagabend um 7 Uhr brach...

Landestagung der Badischen Schmiedemeister. In der Zeit vom...

Tagung des Inflationserwerbes. Der Landesverband Württemberg...

J.D.M.-Verbandsstag 1930 in Stuttgart

In Stuttgart wurde am 18. Mai der 4. Verbandstag des Zentralverbandes...

Nach der Feststellung der Geschäfts- und Tagesordnung unter...

Zunahme von 50 000 neuen Mitgliedern. In den Jahren 1928/29 auswirkte. Urban rechnete gründlich...

Urban entwickelte dann interessante Gedankengänge über den...

Der Vorsteher des Zentralverbandes der Angestellten, Otto...

der Handwerkskammer waren zugegen. Dr. Lorenz Petersen-Mannheim...

Aus der Stadt Durlach

Deffentliche Volksversammlung. kommenden Freitag, 23. Mai, abends 8 Uhr, veranstaltet die...

Bermüht — Hausüberfall. In Wolfartsweier wird der Landwirt Johann Kömel vermisst...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Ortsgruppe Durlach

Freitag, 23. Mai, halb 8 Uhr, in der Traube Antreten zum...

Geschäftsleiter: Georg Schöpllin. Verantwortlich: Volpert, Friedrich...

